
1483/J XXIII. GP

Eingelangt am 27.09.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Rosenkranz und weiterer Abgeordneter

an den Bundeskanzler

betreffend Islamisierung Österreichs und radikal-fundamentaler Islamismus in Österreich.

Nicht zuletzt die jüngsten Verhaftungen islamistischer Terrorverdächtiger, sondern generell eine Zunahme muslimischer Einwanderer lassen die Sorge aufkeimen, daß neben der verbreiteten Akzeptanz von religiös motivierter Gewalt in solchen Bevölkerungsschichten vor allem deren Integration aufgrund ihrer Vielzahl in unsere Gesellschaft nicht mehr möglich scheint.

Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, zu bilanzieren, welche Schritte bis jetzt gesetzt wurden, bzw. geplant sind, um dieser Gefahr, die Österreichs Fundamente stark erschüttern könnte, entsprechend entgegen zu stehen.

Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Hat die Bundesregierung bis dato gegen die Islamisierung Österreichs konkrete Schritte gesetzt?
2. Wenn ja, welche?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung in Zukunft gegen die Islamisierung Österreichs zu setzen gedenken?
5. Hat die Bundesregierung bis dato gegen möglichen islamistischen Terror in Österreich konkrete Schritte gesetzt?
6. Wenn ja, welche?
7. Wenn nein, warum nicht?
8. Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung in Zukunft gegen möglichen islamistischen Terror in Österreich zu setzen gedenken?
9. Hat die Bundesregierung bis dato für eine flächendeckende Integration von muslimischen Menschen in die österreichische Gesellschaft konkrete Schritte gesetzt?

10. Wenn ja, welche?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung in Zukunft für eine flächendeckende Integration von muslimischen Menschen in die österreichische Gesellschaft zu setzen gedenken? " ' "